

## Die russische Parteienlandschaft vor den Parlamentswahlen. (I)

Ljubin, Valerij Petrovic

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ljubin, V. P. (1999). *Die russische Parteienlandschaft vor den Parlamentswahlen. (I)*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 6/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47812>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Aktuelle Analysen

Nr. 6/1999

8. März 1999

### Die russische Parteienlandschaft vor den Parlamentswahlen (I)

#### **Zusammenfassung**

Die nächsten Parlamentswahlen in Rußland sollen nach der Verfassung von 1993 im Dezember 1999 stattfinden. Der heftige Wahlkampf, der sich nach dem offenen Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise vom 17. August 1998 noch verschärfte, hat längst eingesetzt. Während der Transformation vollzogen sich beträchtliche Änderungen der gesellschaftlichen Strukturen. Die politischen Kräfte – sowohl die Reformkräfte als auch die oppositionellen Antireformkräfte – müssen bei unterschiedlichen Schichten der Bevölkerung Unterstützung suchen, um 1999 in das Parlament gewählt zu werden.

#### **1. Die Rahmenbedingungen: Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und Veränderungen in der Sozialstruktur**

Die nächsten Parlamentswahlen in Rußland sollen nach Art. 96 der Rußländischen Verfassung von 1993 im Dezember 1999 stattfinden. Häufig ist auch von vorgezogenen Wahlen die Rede. Ausgangspunkt für diese Überlegungen ist die jetzige Situation, d.h. der schlechte Gesundheitszustand des Präsidenten, der dazu führte, daß er die Amtsgeschäfte nicht wahrnehmen kann, und die instabile Lage im Innern. Der Wahlkampf, der zuweilen heftig und würdelos ist, hat schon längst begonnen. Dafür sind die letzten Monate und Tage bezeichnend. Aufgrund vorliegender Daten kann man schon jetzt einige Prognosen im Hinblick auf die Wahlergebnisse stellen.

Bekanntlich befindet sich Rußland in einer schweren ökonomischen, finanziellen und sozialen Krise, deren Ursachen im folgenden untersucht werden sollen. Zunächst werden einige wichtige Rahmenbedingungen für die Arbeit der heutigen Parteien in Rußland analysiert.

Von März 1997 bis zum 17. August 1998 zeichnete sich in Rußland eine positive Entwicklung ab. 1997 tauchte zum ersten Mal in Einschätzungen von Experten vorsichtiger Optimismus in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland auf.<sup>1</sup> Trotz geringer Anzeichen für eine wirtschaftliche Konsolidierung stieg das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% an, während die vorangegangenen Jahre kein Wachstum zeigten. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts läßt sich folgendermaßen darstellen: 1992: -14,5%, 1993: -8,7%, 1994: -12,7%, 1995: -4,1%, 1996: -4,9%.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> R. Götz, Rußlands Wirtschaft 1997: Lage stabilisiert, Stimmung verbessert. Aber mittelfristig ist nur zögernde Erholung zu erwarten, Aktuelle Analysen des BIOst, 52, 1997.

<sup>2</sup> J. Eigendorf, Der Spielraum schrumpft, Die Zeit, 20.5.1998, S. 34.

Die ausländischen Investitionen beliefen sich 1997 auf nur 4 Mrd. US-\$. Der Kapitalmangel ist bedingt durch nichtgezahlte Steuern. Allerdings stellen Steuerzahlungen in einer Wirtschaft, in der zwei Drittel des Warenaustauschs über Bartergeschäfte abgewickelt werden, ein Problem dar. Die Entwicklung wird außerdem durch eine korrupte Beamtenschaft behindert, die nach eigenem Ermessen die freie Wirtschaftstätigkeit einschränken oder begünstigen kann, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Unter diesen Bedingungen spielen die Schattenwirtschaft, Schutzgelderpressungen sowie mafiose Strukturen eine verhängnisvolle Rolle. Nach alter russischer Tradition versickern die Reformen im Sumpf von Bürokratismus, Korruption und Unterschlagungen.

Ungeachtet dessen hat sich die Situation der Mittelschicht gefestigt. Für 1997 weist die Statistik eine Million kleiner und mittlerer Betriebe aus. Im Vergleich zu 1996 stieg die Zahl der Unternehmen in der ersten Jahreshälfte 1997 um 30% an. In diesen Wirtschaftsbereichen war etwa ein Zehntel der Bevölkerung beschäftigt. Ihr Anteil an der Gesamtproduktion betrug ca. 12%. Verglichen mit den Industrieländern, in denen der Anteil der Privatwirtschaft 60-80% ausmacht, ist der Anteil in Rußland gering. Doch gerade diese Bevölkerungsgruppe könnte die Grundlage für die Stabilität im Land bilden. "Die Schaffung einer starken Schicht beschäftigter, von sich selbst überzeugter Menschen ist das erste Ziel der Reformen", verkündete Präsident Jelzin der Bevölkerung in einer seiner traditionellen Radioreden am 27. Februar 1998.

Und gerade auf diese Mittelschicht setzten die Reformpolitiker Čubajs und Nemcov ihre Hoffnungen. Im Frühjahr 1997 ernannte Präsident Jelzin die Reformer zu stellvertretenden Ministerpräsidenten. Doch seit Juli 1997 gingen die Steuereinnahmen zurück, und das Tempo der Veränderungen, die im Frühjahr vorgeschlagen worden waren, verlangsamte sich.<sup>3</sup>

Im sozialen Bereich, zu dessen Reformierung Nemcov aufgerufen worden war, gab es keine positiven Ansätze. Durch diesen Mißerfolg wurde die Autorität Nemcovs geschwächt, der als möglicher Kandidat für das Präsidentenamt angesehen wurde. Die Regierung Kirienko-Nemcov, die viele als Vertreter der Mittelschicht ansahen, konnte diese Probleme nicht lösen.

Statistischen Angaben zufolge betrugen die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen im Juni 1998 861 Rbl (rund 140 US-\$). Das mittlere Arbeitseinkommen belief sich auf 1.110 Rbl (ca. 180 US-\$). Das Existenzminimum beträgt 436 Rbl (70 US-\$). Bei 32,8 Mio. Menschen oder 22,2% lag das Einkommen unter dem Existenzminimum. Die Schulden für nichtgezahlte Löhne und Gehälter betrugen am 1. Juni 1998 69.971 Mio. Rbl (11.286 Mio. US-\$).<sup>4</sup> Als besonders schwierig erwies sich die Lage in bezug auf den öffentlichen Haushalt (Bildung, Kultur, Wissenschaft und Gesundheitswesen). Die Mehrheit der Bevölkerung bangte um ihr Überleben aufgrund der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise.

Die Bevölkerungszahl in der Rußländischen Föderation betrug am 1. Januar 1997 147,5 Mio. Gegenüber 1995 verringerte sich die Zahl um 475.000 oder 0,3%. Die seit 1992 abnehmende Bevölkerungszahl ist nicht nur die Folge eines drastischen Rückgangs der Geburtenzahl, sondern auch eines starken Anstiegs der Sterblichkeitsrate. 1996 überstieg die Sterblichkeitsrate die Geburtenzahl um das 1,6fache. Diese Zahl ist in den letzten drei Jahren konstant geblieben. Nach den Prognosen der Demographen wird die Sterblichkeitsrate im Jahr 2000 fast doppelt so hoch sein wie die Zahl der Geburten. Die zunehmende Sterblichkeitsrate ist bedingt durch Infektionskrankheiten, Krebs und durch Erkrankungen der Atemwege. In bezug auf die mittlere Lebenserwartung der Männer (57-58 Jahre) nimmt Rußland den ersten Platz in Europa ein. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen (14 Jahre) ist nirgendwo in der Welt größer als in Rußland.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> A. V. Uljukaev, *Političeskie problemy vtoroj volny rossijskich reform, Otkrytaja politika*, Moskva, 2, 1998, S. 5-13.

<sup>4</sup> *konomičeskaja gazeta*, 5.9.1998, S. 7.

<sup>5</sup> *Analitičeskij vestnik Gosudarstvennoj Dumy Rossijskoj Federacii*, Moskva, 12, 1997, S. 2-47.

Die wirtschaftliche Situation verschärfte sich nach dem 17. August 1998, als die Regierung Kirienko faktisch den Staatsbankrott eingestand. Der Staat war nicht in der Lage, die anwachsenden Zinsen für Obligationen zu zahlen, die in- und ausländische Investoren gekauft hatten. Der Rubel wurde abgewertet, innerhalb von zwei bis drei Wochen verlor er zwei Drittel seines Werts. Die Menschen verloren das Vertrauen in die Regierung und den Glauben an eine Weiterführung der Reformen. Die neue Mittelschicht mußte einen schweren Rückschlag hinnehmen. Viele verloren alles, was sie sich in den letzten Jahren erarbeitet hatten. Die Wirtschaft war paralysiert.<sup>6</sup>

In dieser Situation mußte die Regierung Kirienko zurücktreten. Die Kandidatur Černomyrdins, den Jelzin als Regierungschef vorschlug, wurde vom Parlament abgelehnt. Die politische Situation stabilisierte sich teilweise durch die Ernennung Primakovs zum Regierungschef, den die Abgeordneten aller Parteien (außer der LDPR) anerkannten. Die neue Regierung billigte einen Plan zur Durchführung aktueller Maßnahmen, um die soziale und ökonomische Lage zu stabilisieren. Dieser Plan sah vor: 1. Normalisierung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, 2. Schaffung notwendiger Bedingungen zur Stabilisierung der Wirtschaft, 3. Aufbau und Entwicklung des Realsektors der Wirtschaft und 4. Festigung der russischen Staatlichkeit, eines geeigneten Machtsystems als Voraussetzung, die wirtschaftliche Effizienz zu steigern.<sup>7</sup> Die Regierung wollte diese Maßnahmen innerhalb von drei Monaten realisieren. Doch Wirtschaftsexperten äußerten begründete Zweifel.<sup>8</sup>

Wegen der speziellen Bedingungen Rußlands (Größe des Landes und Monopolisierung der Wirtschaft) ist das französische Entwicklungsmodell mit seiner engen Verbindung von Staat und Monopolen nach Meinung der russischen Soziologin Olga Kryštanovskaja für Rußland geeigneter als das amerikanische Modell. Der Trend zu politisch-finanziellen oligarchischen Strukturen, die es schon im Zentrum gibt, setzt sich in den russischen Regionen fort.<sup>9</sup> Das unkontrollierbare Verhalten der Oligarchen und das Fehlen jeglichen Wettbewerbs und jeglicher Kontrolle bergen aber eine Gefahr in sich.<sup>10</sup>

Oft wird die Meinung vertreten, daß das heutige Rußland an die Weimarer Zeit erinnere. Wenn überhaupt historische Parallelen erlaubt sind, so ähnelt Rußland in seiner jetzigen gesellschaftlichen, ökonomischen, finanziellen und sozialen Lage Deutschland, Italien und Japan Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre. Auch den Experten ist zu widerprechen, die Rußland der Dritten Welt zurechnen. Rußland ist ein Land mit einem bis jetzt nicht genutzten Entwicklungspotential, das es zu einem modernen, konkurrenzfähigen Land machen könnte.

In bezug auf die Sozialstruktur der russischen Gesellschaft unterscheidet T. Zaslavskaja folgende sechs hierarchische Schichten: die herrschende politische und ökonomische Elite (etwa 1%), die obere subelitäre Schicht (6-7%), die mittlere Schicht (20%), die Grundsicht (über 60%), die Unterschicht (7%) und eine Randschicht (5% der arbeitsfähigen Bevölkerung der RF).<sup>11</sup> In einem Interview in der Zeitung "Novye izvestija" korrigierte Zaslavskaja ihre Angaben: obere Schicht insgesamt 6-7%, mittlere Schicht 21%, Grundsicht 65%.<sup>12</sup>

## 2. Rußlands Parteienlandschaft: Reformkräfte und Antireformkräfte

Auf der politischen Bühne vollzogen sich in dieser Zeit keine wesentlichen Veränderungen. Im Vergleich zu den Parteiensystemen der demokratischen Länder erfuhr das in der postsowjetischen

<sup>6</sup> Die Zeit, 3., 10., 17., 24.9.1998.

<sup>7</sup> Plan dejstvij pravitel'stva RF po realizacii pervoočerednyh mer pravitel'stva RF i CB po stabilizacii social'no-konomičeskogo položennja v strane, Kommersant, 5.12.1998, S. 4.

<sup>8</sup> V. Bardin, U Primakova tol'ko tri mesjaca, ebd.

<sup>9</sup> O. Kryštanovskaja, Graždanskoe ili korporativnoe obščestvo? Perspektiva dlja Rossii, Moskva: Gorbačev-Fond, 1998, S. 50-51.

<sup>10</sup> E. Pokatilova, S. Evseev, Mošč' i nemošč' rossijskich oligarchov, Večernjaja Moskva, 1.7.1998.

<sup>11</sup> T. Zaslavskaja, Social'nye rezul'taty reform i zadači social'noj politiki. Kuda idët Rossija? Transformacija social'noj sfery i social'naja politika, Moskva 1998, S. 12.

<sup>12</sup> T. Zaslavskaja, Kommentarij sociologa, Novye izvestija, 19.9.1998, S. 4.

Zeit entstandene Parteiensystem zahlreiche Veränderungen. Aber trotz des Widerstands der Präsidialstrukturen und der Gebietsgouverneure, die immer ihre Ungeduld gegenüber den Parteien und Bewegungen demonstriert haben, entwickelte sich das russische Parteiensystem weiter.<sup>13</sup>

Die politischen Kräfte lassen sich in Reformkräfte und Antireformkräfte gliedern. Jede Gruppierung hat ihre eigenen Programme und Konzeptionen. Obwohl jetzt in Rußland etwa 1.500 politische Organisationen und Verbände registriert wurden<sup>14</sup>, sind nur zehn Parteien und Bewegungen von gesamtnationaler Bedeutung. Alle Parteien und Bewegungen, die an den Parlamentswahlen im Dezember 1999 teilnehmen wollen, mußten sich bis zum 20. Dezember 1998 neu registrieren lassen.

Durch ihre parlamentarische Tätigkeit sind die politischen Kräfte an der Macht beteiligt. Aus diesem Grund sind vor allem jene Kräfte ernst zu nehmen, die ins Parlament gewählt wurden und die 5%-Hürde überwunden haben. Einen Vergleich hinsichtlich der Zusammensetzung der Staatsduma von 1995 und 1993 bietet folgende Tabelle:<sup>15</sup>

*Tabelle 1*

Parteien und Bewegungen	1993	1995
<b>Liberal-demokratische Partei Rußlands (LDPR)</b>	22,90%	<b>11,18%</b>
Wahl Rußlands	15,51%	3,86%
<b>Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (KPRF)</b>	12,40%	<b>22,30%</b>
Frauen Rußlands	8,31%	4,61%
<b>Jabloko</b>	7,86%	<b>6,89%</b>
Agrarpartei Rußlands (APR)	7,99%	3,78%
Partei der Russischen Einheit und Eintracht (PRES)	6,73%	0,36%
Demokratische Partei Rußlands (DPR)	5,52%	–
<b>Unser Haus Rußland (NDR)</b>	–	<b>10,13%</b>

Nach Art. 95 der Rußländischen Verfassung sind in der Staatsduma der Rußländischen Föderation 450 Abgeordnete vertreten, deren eine Hälfte nach Parteilisten und deren andere Hälfte nach der Persönlichkeitswahl gewählt wird. Nach den Wahlergebnissen vom Dezember 1995 konnte keine politische Kraft eine stabile Mehrheit für sich gewinnen. Nach den Parteilisten wurden nur vier Parteien und Bewegungen (KPRF, LDPR, NDR und "Jabloko") in die Duma gewählt.

Mit 147 Abgeordneten ist die KPRF die stärkste Fraktion in der Duma. Damit ist sie auch die stärkste Antireformkraft. Ihre programmatischen Vorstellungen sind: Verwirklichung der Ideen des Sozialismus und der Volksmacht in der Form der Sowjets, die Einführung einer gemischten Markt- und Planwirtschaft, die Verbindung unterschiedlicher Eigentumsformen, die Wiedereinführung sozialer Gerechtigkeit und der Abschluß neuer zwischenstaatlicher Verträge zwischen den Ländern der GUS. Die Vorstellungen der Kommunisten finden großen Widerhall vor allem bei älteren

<sup>13</sup> A.N. Kulik, V.P. Ljubin, *Političeskie partii i obščestvo v sovremennoj Rossii*, Manuskript, Moskva 1998.

<sup>14</sup> So der ehemalige Vorsitzende der Staatsduma, Rybkin, in der Einleitung zu V.A. Oleščuk, V.B. Pavlenko, *Političeskaja Rossija: Partii, bloki, lidery – god 1997*, Moskva 1997, S. 4. Siehe auch: A. Andreev, *Političeskij spektr Rossii. Struktura, ideologii, osnovnye sub-ekty*, Moskva 1997.

<sup>15</sup> V.I. Timošenko, S.E. Zaslavskij, *Rossijskie partii, dviženija i bloki na vyborach v Gosdumu 17 dekabnja 1995 goda*, Moskva 1996, S. 8.

Menschen, die die Abschaffung der Sowjetunion und der Sowjetordnung für einen Fehler halten. Der Fraktion der Kommunisten mit ihrem Führer Zjuganov haben sich die Fraktion der Agrarier (19 Abgeordnete mit Charitonov an der Spitze; 1995 konnte die APR die 5%-Hürde nicht überspringen) und die Fraktion der Volksmacht mit 40 Abgeordneten unter der Leitung des damaligen sowjetischen Regierungschefs Ryžkov angeschlossen.

Einen Antireformkurs verfolgt auch die Fraktion der LDPR mit 50 Abgeordneten. Ihr Führer Žirinovskij und die Fraktion insgesamt verlangen eine Revision der Privatisierungsergebnisse und die Kündigung der Abkommen von Belovež'e über die Auflösung der Sowjetunion. Jedoch treten LDPR und Kommunisten nicht gemeinsam auf. In vielen Fragen unterstützte die LDPR früher den Kurs der Exekutive.

Zu den Antireformkräften sind auch die extremistischen Kräfte zu zählen: auf dem linken Flügel die Bewegung "Trudovaja Rossija" mit ihrem Führer Anpilov, die die Rückkehr der Sowjetordnung propagiert, und auf dem rechten Flügel die "Russische Nationale Einheit" (RNE) mit Barkašov an der Spitze, die nationalistische und imperiale Losungen verkündet. "Der Reformkurs wurde uns aufgezwungen, er bringt unserem Land keinen Vorteil, von diesem Kurs profitieren nur eine kleine Personengruppe in unserem Land und die westlichen Länder", sagte Barkašov in einem Interview in der Zeitung "Russische Ordnung" der "Russischen Nationalen Einheit".<sup>16</sup>

Die Reformkräfte, die für demokratische Werte eintreten, sind im Parlament durch "Jabloko" (46 Abgeordnete, Führer Javlinskij) und durch die Abgeordnetengruppe "Demokratičeskij Vybor Rossii" (8 Abgeordnete, Führer Jušenkov) vertreten. Obwohl die Gruppierung "Jabloko" den innen- und außenpolitischen Regierungskurs von Gajdar, Černomyrdin und Kirienko ständig kritisierte, legte sie kein eigenes konstruktives Programm vor. Die Gruppe "Demokratičeskij Vybor Rossii" unterstützt die weitgehende Kritik von "Jabloko" an der Regierung nicht und tritt für die Weiterführung des Reformkurses ein. Die anderen demokratischen Parteien (PRES und DPR) erreichten 1995 die 5%-Hürde nicht (siehe Tabelle 1) und haben nach der Wahl praktisch jeden Einfluß verloren. Die Bewegung "Frauen Rußlands", die ebenfalls an der 5%-Hürde gescheitert ist, versucht jetzt, sich dem von Lužkov organisierten Linkszentrum anzuschließen.

Die Abgeordnetengruppe zentristischer Orientierung "Unser Haus Rußland" (55 Abgeordnete, Führer Ryžkov) sieht sich selbst in einer mittleren Position und unterstützt den Reformkurs. Die Abgeordnetengruppe "Rossijskie regiony" (43 Mitglieder, Führer Morozov) steht der NDR nahe.<sup>17</sup> Sie war die einzige Parlamentsfraktion, die eine Klage beim Verfassungsgericht einreichte, um das Wahlgesetz zu ändern und die 5%-Hürde abzuschaffen. Am 17. November 1998 lehnte das Verfassungsgericht diese Klage ab.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Reformkräfte über keine große parlamentarische Basis und keine große Anhängerschaft in der Bevölkerung verfügen, mit deren Unterstützung sie ihren Kurs durchsetzen könnten. Die Vorstellungen der Reformkräfte sind in der Bevölkerung wenig bekannt, und politische Bildung, die die Bevölkerung über Zielvorstellungen der demokratischen Kräfte aufklären könnte, gibt es in Rußland nicht.

Valerij P. Ljubin

Der Verfasser ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften der Rußländischen Akademie der Wissenschaften (INION), Moskau.

Redaktion: Christel Dittmann/Brigitta Godel/Eberhard Schneider

<sup>16</sup> Interview mit dem Vorsitzenden der RNE, A.P. Barkašov, *Russkij porjadok*, 1, 1998, S. 1.

<sup>17</sup> J.G. Korgunjuk, S.E. Zaslavskij, *Rossijskaja mnogopartijnost' (stanovlenie, funkcionirovanie, razvitie)*, Moskva 1996, S. 187-189.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.  
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0945-4071